



Schweizerisches

Sozialarchiv

Sachdokumentation

Signatur: KS 335/41d-10_2

www.sachdokumentation.ch

Nutzungsbestimmungen

Dieses Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv bereitgestellt. Es kann in der angebotenen Form für den **Eigengebrauch** reproduziert und genutzt werden (Verwendung im privaten, persönlichen Kreis bzw. im schulischen Bereich, inkl. Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der Nutzer, die Nutzerin selber verantwortlich.

Für Veröffentlichungen von Reproduktionen zu kommerziellen Zwecken wird eine **Veröffentlichungsgebühr** von CHF 300.– pro Einheit erhoben.

Jede Verwendung eines Bildes muss mit einem **Quellennachweis** versehen sein, in der folgenden Form:

Schweizerisches Sozialarchiv, Zürich: Signatur KS 335/41d-10_2

© Schweizerisches Sozialarchiv, Stadelhoferstr. 12, CH-8001 Zürich
<http://www.sozialarchiv.ch>

erstellt: 15.05.2014



MIETERKAMPF



DIE LIEGENSCHAFTEN AN DER BREMGARTNERSTR./ZENTRALSTR. WERDEN IN DEN NAECHSTEN TAGEN ABGEBROCHEN. SIE MUESSEN GESCHAETTSHAEUERN WEICHEN, DIE BESSER RENTIEREN.

BIS HEUTE HABEN DIE MIETER NOCH KEINE ANNEHMBAREN WOHNUNGEN GEFUNDEN!!!

Deshalb beschloss der Mieterverein, selbst bei der verantwortlichen Stelle, seine Forderungen vorzubringen, und bei der Stadträtin Frau Dr. Emilie Lieberherr folgende Erklärung abzugeben.

Zürich, 17.5.71

ERKLÄRUNG DES MIETERVEREINS BREMGARTNERSTRASSE/ZENTRALSTRASSE

Seit Monaten suchen wir eine Wohnung, deren Mietpreis unserem Einkommen entspricht. Seit Monaten ziehen wir von Amt zu Amt, um endlich aus unserer Lage der Unsicherheit befreit zu werden. Alle diese Bemühungen waren trotz leerer Versprechen der Behörden erfolglos: Nächste Woche beginnen die Bagger den Abbruch und wir haben noch immer keine Wohnung.

Wir sahen uns deshalb genötigt mit einem offenen Brief an die Öffentlichkeit zu gelangen, um die Behörden aufzufordern, sich um uns anstatt um die Profitinteressen der Hauseigentümer zu kümmern.

Die Reaktion der Behörden bestand in der Erklärung, dass die bestehende Rechtsordnung ihnen nicht erlaube, zugunsten der Mieter einzugreifen und zugleich die Mieter davor warnten sich zu organisieren. Darüberhinaus taten sie sich mit den Hauseigentümern zusammen um uns mit folgenden "Lösungen" abzuspäissen:

- wir sollen vorerst in Notwohnungen abgeschoben werden (Utohof, Martastr.) und nach einem Monat vorübergehend, teils zu zweit, in Einzimmerwohnungen (mit Mieten zwischen 320.- bis 400.- Fr.) in Dietikon oder Uster einziehen.
- Nach weiteren zwei bis drei Monaten müssen wir wieder ausziehen, da angeblich erst bis dann eine definitive Lösung gefunden werden könne!
- Für einen alleinstehenden Bewohner erachten es die Behörden nicht einmal für notwendig eine Lösung zu finden, da er lediglich Untermieter sei.

Aus folgenden Gründen ist es uns unmöglich auf diese schäbigen Angebote einzugehen:

- Es ist für uns, die alle einer geregelten Arbeit nachgehen, unzumutbar, alle Monate einmal mit dem ganzen Hausrat umzuziehen, selbst wenn die Umzugskosten vom Generalunternehmen bezahlt würden.
- Bei einem monatlichen Einkommen von Fr.800.- ist es für einen Teil von uns völlig undenkbar, Mieten bis zu Fr.400.- für eine Wohnung ausserhalb der Stadt zahlen zu müssen.
- Viele von uns arbeiten in der Stadt selbst. Der Weg zur Arbeit zieht sich damit unzumutbar in die Länge. Ein Arbeiter muss am Morgen in aller Frühen, wenn noch keine Trams verkehren, auf den Zug, da er oft in Frühschicht arbeitet. Eine Wohnung in Dietikon wird es ihn verunmöglichlichen, rechtzeitig zur Arbeit erscheinen. Seine Stellung ist daher gefährdet.

Anstellen dieser unannehmbaren "Vorschlägen" verlangen wir:

- Menschenwürdige Wohnungen, die wir bezahlen können.
- Wohnungen, aus denen wir nicht kurzfristig wieder hinausgeworfen werden
- Wohnungen, deren Standort den Weg zur Arbeit nicht übermässig in die Länge zieht oder gar verunmöglichlicht.

Bis die Behörden oder die Hauseigentümer derartige Wohnungen gefunden haben, muss mit dem Abbruch der Liegenschaften an der Zentralstr./Bremgartnerstr. zugewartet werden.

Bis diese Forderungen erfüllt sind, werden wir weiterhin mit Hilfe des Bewohnervereins Venedigstr. und der Basisgruppe Architektur die Öffentlichkeit über unsere Lage informieren und weiter Mieter zur Solidarisierung mit uns aufrufen.

Mieterverein Bremgartnerstr./Zentralstr.

DER KAMPF GEHT WEITER
BILDET MIETERKOMITEES
TRETET MIT UNS IN KONTAKT



Die Vorschläge der Stadt zeigen, dass sie die Hauseigentümer und Spekulanten darin unterstützt, die Arbeiter immer weiter von ihren Arbeitsplätzen zu entfernen. Die ohnehin schon schwierigen Arbeitsbedingungen werden durch den langen Weg zum Arbeitsplatz noch zusätzlich erschwert.

MIETERKAMPF

Während die SP - die angeblich die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertreten soll - für ihre Initiative Unterschriften gesammelt haben, um einmal mehr den Unmut der Arbeiter und Angestellten über die Unterdrückung durch die Wohnungsnot auf den parlamentarischen Weg abzuwälzen und den Mietern vorzugaukeln, man "würde schon für ihre Interessen sorgen", stehen ca. 20 Mieter - Rentner, Angestellte, Schweizer- und Fremdarbeiter - am 15. Mai auf der Strasse:

die Profitinteressen der Hauseigentümer gehen vor, selbst wenn die Existenz der Mieter auf dem Spiel steht.

Die Behörden und Parteien - einschliesslich der SP - hüllen sich in Schweigen, obwohl sie von den Mietern selbst über die Notsituation informiert wurden.

Das Mietgericht hat die Mieter abgewiesen.

Die Bewohner der Bremgartenstrasse und Zentralstrasse haben deshalb den Kampf aufgenommen: sie haben sich in einem Mieterverein organisiert.

OFFENER BRIEF AN DIE BEHÖRDEN DER STADT ZÜRICH UND AN DIE HAUSEIGENTÜMER DER LIEGENSCHAFTEN BREMGARTENSTR. 29/31 UND ZENTRALSTR. 35/37

An den Stadtpräsidenten, Dr. S. Widmer
An die Stadträtin, Dr. E. Lieberherr

Herrn Weber, Metzgermeister, Adliswil
Herrn Suter, Generalbauunternehmen, Bachenbülach

Sehr geehrte Frau Stadträtin,

Die Wohnhäuser der Bremgartenstr. 29 und 31 und der Zentralstrasse 35 und 37 werden abgebrochen, obwohl alle noch in bestem Zustand sind. Die Wohnhäuser sollen durch Büro- und Geschäftspaläste ersetzt werden.

Auf den 30. April wurde allen Mietern gekündigt. Trotz monatelangem Suchen haben wir bis heute keinen Ersatz gefunden. Wir stehen deshalb mit aller Wahrscheinlichkeit am 15. Mai auf der Strasse.

Trotz der zunehmenden Verschärfung der Wohnungsnot, unter der die grosse Zahl der Arbeiter und Angestellten zu leiden hat, halten die Behörden es nicht für notwendig, alles zu unternehmen, um die Gebiete mit günstigen Wohnungen zu erhalten.

Trotz leerer Versprechen haben weder die Hauseigentümer noch die Behörden der Stadt es für nötig erachtet, uns wenigstens einen gleichwertigen Ersatz zu bieten. Wir sehen: wo es um die Interessen der Hauseigentümer geht, noch höhere Profite zu sichern, setzen sie die Existenz der Mieter kaltblütig aufs Spiel.

Wir fordern deshalb die Behörden und Hauseigentümer auf, alles zu unternehmen, uns allen gleichwertige Wohnungen zur Verfügung zu stellen, deren Mietpreis im Verhältnis zu unserem Einkommen steht und die wir nicht wegen Abbruch in kürzester Zeit wieder verlassen müssen.

Bis zu diesem Zeitpunkt ersuchen wir die Behörden und die Hauseigentümer, alles zu unternehmen, um den Abbruch der Häuser an der Zentralstrasse und an der Bremgartenstrasse zu verhindern.

Um diese Forderungen den Hauseigentümern und den Behörden gegenüber durchzusetzen, haben wir uns entschlossen, uns in einem Mieterverein zu organisieren, und uns mit dem Bewohnerverein Venedigstrasse und der Basisgruppe Architektur zusammengeschlossen.

Wir rufen alle Mieter, die unter der Wohnungsnot zu leiden haben auf, sich zusammenschliessen und mit uns gemeinsam gegen Mietpreiserhöhungen und den Abbruch der Wohngebiete zu kämpfen.

Zürich, den 11. Mai 1971

Mieterverein Zentralstrasse/Bremgartenstrasse
Bewohnerverein Venedigstrasse
Basisgruppe Architektur
Postfach 121
8033 Zürich

ORGANISIERT EUCH WEITER!
BILDET MIETERKOMITEES!
TRETET MIT UNS IN KONTAKT!

EIGENDRUCK

MIETERKAMPF

An der Venedigstrasse werden am 1. April 100 Mieter auf die Strasse gestellt. Dies ist kein Aprilscherz, sondern für die Betroffenen - 17- bis 75-jährige, Arbeiter und Studenten, Familien und Alleinstehende, Fremdarbeiter und Schweizer - eine bittere Realität.

BEWOHNER AUF DER STRASSE - GRÖßERE PROFITE FÜR KAPITALISTEN

An der Venedigstrasse werden alle Wohnhäuser abgebrochen, damit Spekulanten einen 60-Millionen-Büropalast errichten können, damit Superreiche noch reicher werden: die Bodenpreise steigen, die Hauseigentümer schlagen aus Büro- und Geschäftsbauten höhere Profite heraus.

Wohin die Bewohner ziehen sollen, ist diesen Kapitalisten natürlich egal: dem Bauunternehmen Hatt-Haller, den Versicherungsgesellschaften, den Banken und Immobiliengesellschaften. Kaum ein Bewohner der Venedigstrasse fand eine gleichwertige Wohnung: einige müssen aus der Stadt ziehen, andere viel kleinere und teurere Wohnung beziehen, ung. 20 Bewohner haben noch nichts gefunden, davon 2 ältere Ehepaare. Diese Leute stehen am 1. April höchstblich auf der Strasse.

Wir wissen alle warum: weil Wohnungen Mangelware bleiben müssen, um mit der Wohnungsnot noch grössere Extraprofite herauszuschlagen zu können. Die Wohnungsnot rentiert!!

DIE VENEDIGSTRASSE IST KEIN EINZELFALL

Die wenigen Wohnungen, die noch im Zentrum stehen, werden auch in kürzester Zeit Büro- und Geschäftspalästen oder teuren Apartmenthäusern weichen müssen: so wird systematisch die Stadt entvölkert und zerstört.

Aber auch im Albisgütli müssen Arbeiterfamilien aus preisgünstigen Wohnungen ausziehen. Den Bewohnern im Triemli und Wipkingen droht das gleiche Schicksal: billige und grosse Wohnungen müssen durch teure und enge Wohnungen ersetzt.

DIE BEHÖRDEN UNTERSTÜTZEN DIE SPEKULANTEN

Obwohl die Politiker dem Volk vor den Wahlen eine "wohnliche und lebensfrohe Stadt" (freisinnige Partei) versprochen, stellen sie handkehrum den Spekulanten und Hauseigentümern Land zur Verfügung und unterstützen, dass Arbeiter und Angestellte auf die Strasse gestellt und aus der Stadt vertrieben werden: Härtefälle hin oder her - wichtig sind die grossen Profite der Besitzenden.

Man sieht: die sog. "freie Wirtschaftsgesellschaft" gibt den Superreichen die Freiheit noch reicher zu werden: auf Kosten der ausgebeuteten, lohnabhängigen Arbeiter und Angestellten.

Wir wissen: der Staat und die Behörden werden sich nicht um uns kümmern. Deswegen müssen wir auf unsere eigene Kraft vertrauen und Mieterkomitees gründen.

Die Bewohner der Venedigstrasse schlossen sich deshalb zu einem Bewohnerverein zusammen, um sich gegen diese bedrohlichen Methoden zu wehren. Denn einer ist machtlos - hundert können sich schon bemerkbar machen - und wenn sich tausende Mietern, Arbeiter und Angestellten zusammantun, können wir unsere Interessen gegen die Kapitalisten und ihren Staat durchsetzen.

Solidarisiert Euch mit dem Bewohnerverein Venedigstrasse,

Bildet Mieterkomitees!!!!

Tretet mit uns in Kontakt!!

Basisgruppe Architektur
Postfach 121, 8033 Zürich

Bewohnerverein Venedigstrasse
Venedigstrasse 2, 8002 Zürich

STOP DER WOHNUNGSNOT

DIE HAUSEIGENTÜMER WISSEN

DASS SIE SICH AN UNSERER WOHNUNGSNOT BEREICHERN:

"Vom Standpunkt der Hauseigentümer aus betrachtet, können wir uns über die bescheidene Leerwohnungsziffer und über die rückläufige Wohnungsproduktion freuen. Je kleiner das Wohnungsangebot, desto grösser die Nachfrage und desto höher die Mietzinse."

(Geschäftsbericht 1969 einer Zürcher Immobilienfirma)

WIR WISSEN

DASS DIE BEHOERDEN UND DER STADTRAT DIE INTERESSEN DIESER SPEKULANTEN UND MIETWUCHERER UNTERSTUETZEN, ES SIND JA AUCH IHRE EIGENEN INTERESSEN :

SIE ERTEILEN DEN BONZEN "SONDERBAUBEWILLIGUNGEN"

SIE REISSEN UNSERE WOHNHAEUER EIN

SIE VERSCHACHERN OEFFENTLICHEN GRUND UND BODEN

SIE SCHAFFEN DEN MIETERSCHUTZ UND DIE MIETZINSKONTROLLE AB

SIE SCHIEBEN UNS AUS UNSEREN WOHNUNGEN IN NOTWOHNUNGEN, VON DORT IN DIE BARACKEN..

WIR MÜSSEN UNS ZUSAMMENSCHLIESSEN!

MIETER DEMONSTRATION

SONNTAG, 4. APRIL, 15⁰⁰, FRAUMÜNSTERPL.

BASTA con LA MANCANZA DI ALLOGGI

I PADRONI SANNO BENISSIMO:

CHE SI ARRICCHISCONO SEMPRE DI PIU SULLA NOSTRA PELLE
GRAZIE ALLA MANCANZA DI ALLOGGI

"Dal punto di vista dei padroni di casa è motivo di soddisfazione constatare che il numero di appartamenti vuoti diminuisce e la produzione di nuovi appartamenti non fa progressi perchè ciò significa: minore è l'offerta di nuovi appartamenti, più alti saranno gli affitti."
(Dalla relazione annuale di una società immobiliare, 1969)

NOI SAPPIAMO:

- Che le autorità stanno al gioco di questi speculatori e degli strozzini incoraggiandoli e favoreggiandoli in vari modi. Ciò non stupisce poiché non fanno che proteggere gli interessi dei padroni.
- Che permessi di costruzione speciali vengono elargiti di preferenza ai grandi speculatori.
- Che le autorità si prendono il diritto di svendere terreni e strade di proprietà del comune.
- Che hanno abolito ogni forma di controllo sugli affitti e ogni forma di protezione degli inquilini.
- Che siamo spinti fuori dai nostri appartamenti in appartamenti provvisori e di fortuna, e da questi in baracche..

DOBBIAMO UNIRCI !

DIMOSTRAZIONE di INQUILINI

DOMENICA, 4 APRILE ORE 15.00 FRAUNUNSTERPL.
PRESSO PARADEPLATZ.

ASSOCIAZIONE ABITANTI VENEDIGSTRASSE

AUFRUF ZUM TEACH-IN

DER BEWOHNERVEREIN

VENEDIGSTRASSE

INFORMIERT ÜBER DIE

WOHNUNGSNOT

HUNDERTE VON MIETERN STEHEN AM 1. APRIL
AUF DER STRASSE: ISOLIERT, NAMENLOS, MACHTLOS...

WIR HABEN UNS ZUSAMMENGETAN ZUM KAMPF
GEGEN SPEKULANTEN UND PROFITIERER.

DIE VOLKSVERTRETER WERDEN GEKAUFT: WIR
KÖNNEN SIE NICHT ZURÜCKKAUFEN.

DIE ÖFFENTLICHKEIT WIRD KAUM INFORMIERT:

WIR INFORMIEREN RICHTIG!

- ⇒ SITUATION AN DER VENEDIGSTRASSE
- ⇒ RECHTLICHE MÖGLICHKEITEN
- ⇒ WOHNUNGSNOT IN ZÜRICH
- ⇒ MIETERKAMPF
- ⇒ DISKUSSION

VOLKSHAUS WEISSER SAAL **1. APRIL, 20⁰⁰**

MIETERKAMPF

In der Stadt Zürich herrscht eine extreme Wohnungsnot: Es gibt viel zu wenig Wohnungen. Die Mietzinse sind kaum zu zahlen und steigen immer weiter. Trotz dieser empörenden Situation werden ständig Wohnquartiere zerstört, die durchaus noch bewohnbar wären. Sogar Wohnsiedlungen, die der Stadt gehören - z.B. Utohof und Heuried - sollen noch in diesem Jahr abgerissen werden.

Es ist klar, dass mit solchen Praktiken die Wohnungsnot immer weiter gesteigert wird. Der Profit der Hauseigentümer und Spekulanten wird dadurch vervielfacht.

Die Hauseigentümer, Versicherungsgesellschaften, Banken und Immobiliengesellschaften, die dafür verantwortlich sind, dass die Mieter auf die Strasse gestellt werden, erwarten sie in Bülach, Dietikon, Uster usw. mit einem schlechteren Wohnangebot für teureres Geld. Was unternehmen die Behörden?

Sie unterstützen diese Praktiken, indem sie Sonderbaubewilligungen für Büropaläste erteilen, den Mieterschutz abschaffen, die Wohnhäuser, die der Stadt selber gehören, abbrechen.

NOTWOHNUNGEN ALS UMSTIEGSTATIONEN

Im günstigsten Falle werden die Rentner, Arbeiter und Angestellten von Notwohnung zu Notwohnung geschoben, in oft kaum bewohnbare Löcher. Im Mietvertrag ist die Kündigung schon beim Einzug enthalten, wobei in einer Klausel ausdrücklich verboten wird, die bürgerlichen Rechtsmittel des Mietgerichtes zu beanspruchen. Wir können uns alle selber ausmalen, welche Nöte damit für die Betroffenen verbunden sind.

An der Venedigstrasse können Sie in diesen Tagen dieses Schauspiel sehen: Ein Teil der Bewohner hat trotz intensivem Suchen und der grossen Publizität bis heute noch keine neue Bleibe gefunden. Wenigen wurde eine Notwohnung angeboten, aus der sie schon wieder nach zwei bis drei Monaten ausziehen müssen. Die Bewohner der Venedigstrasse haben sich deshalb organisiert und einen Bewohnerverein gegründet. Sie werden zusammen mit der Basisgruppe Architektur ihre Wohnungen verteidigen. Auch wir müssen uns organisieren, um unsere Interessen zu vertreten. Denn auf den Stadtrat und die Behörden ist kein Verlass. Das hat sich an der Venedigstrasse gezeigt. Den Bewohnern im Utohof droht das gleiche Schicksal. Kommt deshalb am Donnerstag abend ins Volkshaus. Tretet mit der Basisgruppe Architektur in Kontakt.

Basisgruppe Architektur
Postfach 121
8033 Zürich

Stadtrat opfert Mieter

Worte:

- sozialer Wohnungsbau
 - billige Wohnungen
 - Subventionen für Wohnungen
 - wohnliche Stadt
- Endlos sind diese Phrasen
aller Behörden und Parteien !

Taten:

- tausende von Wohnungen wurden in den letzten Jahren vor allem in den Kreisen 1, 3, 4 und 5 abgerissen
- an ihre Stelle traten Banken, Geschäfte und teure Appartementshäuser
- billige Altwohnungen fielen so der Profitgier von Bodenspekulanten, Versicherungen und Grossbanken zum Opfer

Pflicht der Behörden wäre es, diesem üblen Treiben
Einhalt zu gebieten !!

Doch was tun unsere "Volksvertreter" ?

Beispiel Venedigstrasse

100 Mieter stehen hier am 1. April auf der Strasse.

- der Stadtrat begünstigte die Liquidation dieses Wohnquartieres durch den Verkauf der Venedigstrasse an eine private Unternehmergruppe
- der Stadtrat, der in eigener Kompetenz ohne Bewilligung des Gemeinderates nur Geschäfte bis zu Fr. 500'000.- tätigen darf, setzte sich hier über diese gesetzliche Schranke ganz einfach hinweg:

das Profitinteresse unter anderem des freisinnigen
Gemeinderates Heinrich Hatt standen im Spiele!

SP und LdU hätten mit ihrer Mehrheit im Stadtrat diese
Schieberei verhindern können. Warum taten sie nichts?????

- im Triemli und Seefeld, in Aussersihl und Wipkingen - überall! -
stehen schon fürs nächste Jahr hunderte von Wohnungen auf der
Abschussliste.

Da die Behörden und Parteien auch in dieser Frage
restlos versagen, müssen wir Mieter zum Selbst-
schutz greifen!

**Das Zürcher Manifest unterstützt die öffentliche
Diskussion des Bewohnervereins Venedigstrasse
vom Donnerstag, dem 1. April 1971, 20.00 Uhr,
im «Weissen Saal» des Volkshauses, Nollvollaplatz**

Mieterkampf

zum Thema